könnte sagen auf Herstellung einer gewissen Interessengemeinschaft angelegt gewesen. Dazu haben ganz sicher auch nicht nur handelspolitische Erwägungen — die den Wert der reichen serbischen Rohstoffgebiete in Anschlag brachten — geführt, sondern eben der Wunsch, für künftige evtl. politische Auseinandersetzungen im Mittelmeer den Rücken frei zu haben und womöglich sogar einen Verbündeten gegenüber den „großkopfeten" alliierten Mittelmeermächten, d. h. England und Frankreich, zu haben, deren angemaßte Positionen im Mittelmeer den Italienern eben besonders anstößig sind. Wenn nicht alle Anzeichen trügen, dürfte die italienische Diplomatie in Belgrad sogar auch schon — natürlich ganz inoffiziell und stets ableugbar — den Preis für ein solches eventuelles Zusammengehen genannt haben, nämlich den Hafen und das Gebiet von Saloniki. Inwieweit der letzte Umsturz in Griechenland, der von der siegreichen Militärpartei ja mit der unerträglichen Gefährdung Salonikis motiviert wurde, wirklich mit einer Kenntnis solcher italienisch-serbischen Geheimverhandlungen zusammenhängt, soll hier nicht untersucht werden. In der römischen Consulta folgt man dabei nur einer alten praktischen Ueberlieferung, wenn man zugleich auch die Beziehungen zu Griechenland äußerlich zu bessern bestrebt ist. Man legt zudem ja besonderen Wert darauf, den Balkanstaaten immer als „Großmacht" gegenüberzutreten. Daß Italien aber keinerlei bisher errungene Positionen im östlichen Mittelmeer aufzugeben oder abzubauen gedenkt, zeigt die Meldung, daß auf der Insel Rhodos nicht nur militärische Befestigungen aufgeführt, sondern auch eine italienische nationale Universität errichtet wird, deren besondere Aufgabe es sein soll, den Einfluß der französischen Jesuitenschulen wie den anglo-amerikanischen colleges in der Levante kräftig entgegenzuwirken.

Alle die bisher genannten Bestrebungen und Maßnahmen dürfen wohl als italienische Bereitschaftspolitik bezeichnet werden. Die faschistische und dem Faschismus nahestehende italienische Presse macht ja auch gar keinen Hehl daraus, daß sie an die Unvermeidbarkeit eines neuen großen europäischen Konfliktes glaubt, in dem dann eben das neue, durch den Faschismus zu neuer Kraft und nationaler Entschlossenheit gebrachte Italien die Gelegenheit und die Energie finden soll, seinen nationalen Expansionsbedürfnissen zu genügen. So schrieb dieser Tage die „Idea Nazionale" in einem Leitartikel über die Bedeutung der Sicherheitspaktverhandlungen unter dem bezeichnenden Titel: „Diplomatische Fiktionen und geschichtliche Wirklichkeit" u. a. folgendes: „In Wahrheit gibt es keine diplomatische Kunst und kann es nicht geben, die fähig wäre, für ewig die geschichtlichen Notwendigkeiten auszuschließen. So sucht Deutschland, indem es der eigenen geschichtlichen Notwendigkeit folgt, in dem Sicherheitspakt ein Mittel, um selbst wieder zu Kräften zu kommen für die künftige Revanche. Und Frankreich sieht in demselben Sicherheitspakt ein Instrument, um Deutschland gefesselt und wehrlos zu erhalten, um ihm immer wieder seine Kontrolle mit Waffendrohung aufzwingen zu können. Damit wird aber klar, daß auch dieser neue Versuch eines Sicherungssystems entweder ganz Fiasko leiden oder zu einem trügerischen Kompromiß führen wird, das ohne jede irgendwie reale Bedeutung und Wirksamkeit bleiben muß. Aus dieser klaren, festen Erkenntnis heraus, der wir seit dem Tage des Waffenstillstands immer wieder Ausdruck gegeben haben, muß Italien sich systematisch auf die Zukunft vorbereiten, ohne jemals die historische Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit eines neuen europäischen Konfliktes aus den Augen zu verlieren."

Leider verbindet sich mit dieser Bereitschaftspolitik, der man Weitsichtigkeit und realpolitische Unbekümmertheit nicht absprechen kann, auch eine andere praktische Unbekümmertheit und Ungeniertheit, die durch das klassische Wort vom „sacro egoismo" nicht schöner und vor allem auch wohl nicht richtiger wird. Wir meinen hier natürlich die brutale Vergewaltigung, die das faschistische Italien sich den reindeutschen Südtirolern gegenüber erlauben zu können glaubt, weil diese deutschen Südtiroler heute keinerlei Schutz des organisierten deutschen Siebzig-Millionen-Volkes erhalten können, und weil auch der sogenannte Völkerbund für das Selbstbestimmungsrecht der Völker und einen effektiven Schutz der nationalen Minderheiten niemals auch nur das geringste tut und tun wird. Die letzten Maßnahmen der italienischen Regierung gegen die kümmerlichen Reste deutschsprachlicher Verwaltung, Volkserziehung und des Verkehrs in Südtirol bilden eine Knebelung und Beleidigung friedlicher, im staatlichen Sinne durchaus loyaler Menschen, wie sie selbst in den östlichen, von Deutschenhaß inspirierten Raubstaaten kaum krasser zu finden sind.

Der italienische „sacro egoismo" dem wehrlosen Deutschland gegenüber betätigt sich aber auch auf anderen Gebieten. So hat z. B. in letzter Zeit eine gehässige Presse-Kampagne gegen die deutschen Nordseehäfen, in erster Linie Hamburg, eingesetzt, in denen man die natürliche Konkurrenz gegen Triest, Venedig und andere italienische Häfen durch künstliche, brutale Gewaltmittel zu treffen hofft. Man wirft vor allem der deutschen Verkehrspolitik eine Art „dumping" durch ihre Tarifgestaltung vor, wodurch der Verkehr in Mittel- und Südosteuropa absichtlich von den italienischen Häfen ab und nach der Nordsee hingeleitet werde. Dabei vergißt man aber, oder man will vergessen machen, daß gerade Triest seines alten, großen, einheitlichen Zufuhrgebietes, das die ehemalige Habsburgische Monarchie darstellte, jetzt beraubt ist und aus diesem Grunde eine schwere Krise durchmacht, für die die italienische Wirtschaft wahrscheinlich auf lange hin ein Heilmittel umsonst suchen wird. Was in dieser Hetze gegen die deutschen Häfen besonders verstimmt, ist die unverschämte Drohung, man werde offiziell in London und Paris darauf hinweisen, daß Deutschland, während es mit seinen Reparationszahlungen im Rückstande bleibe und immer wieder Vorwände für Nichterfüllung seiner Verpflichtungen finde, keinerlei finanzielle Opfer scheue, um die italienischen Verkehrsinteressen zu schädigen und sich selbst eine neue Monopolstellung zu schaffen.

Gerade weil eine italienische Bereitschaftspolitik unmöglich die mancherlei latenten Interessengemeinschaften, die für die Zukunft zwischen Italien und Deutschland bestehen, ganz verkennen dürfte, finden wir es außerordentlich bedauerlich, daß das gegenwärtige Italien durch seine Brüskierungen und Denunzierungen des wehrlosen Deutschland die Atmosphäre unnötig vergiftet; denn daß die Zwangsentgermanisierung Deutsch-Südtirols irgendwie ein vitales Interesse Italiens darstelle, ist einfach nicht wahr.

Dr. Curt Heinrich.

Die deutsche Sozialbelastung.

Die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände

teilt uns folgendes mit:

Bei den letzten Verhandlungen, die im Reichstage und Reichsrat über die Sozialversicherungsgesetzgebung geführt worden sind, hat die Frage der Höhe der deutschen Sozialbelastung erneut eine bedeutsame Rolle gespielt. Bei voller Anerkennung der Notwendigkeit der Erhaltung der deutschen Sozialversicherung hat die deutsche Arbeitgeberschaft die Pflicht, darauf hinzuweisen, daß

Leistungen und Beiträge in der Sozialversicherung nur im Rahmen der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft

als des Hauptträgers erfolgen können. Die Richtigkeit von sorgfältigen Berechnungen über die Höhe der Sozialbelastung, die die Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände Reichstag und Reichsregierung zugeleitet hat, ist in der Arbeitnehmerpresse wie vom Reichsarbeitsministerium bestritten worden. Hierbei haben Vertreter des Reichsarbeitsministeriums und auch der Herr Arbeitsminister selbst noch vor wenigen Tagen behauptet, die gegenwärtige deutsche Sozialbelastung betrage nur 1610 Millionen Reichsmark im Jahre, während von der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände die Sozialbelastung einschließlich der vom Reichstage in den letzten Wochen beschlossenen Gesetzesvorlagen auf rund 2700 Mill. Reichsmark beziffert wird. Dieser

auffallenden Zahlendifferenz

gegenüber ist folgendes festzustellen:

1. Die vom Reichsarbeitsministerium in der oben dargestellten Weise als angeblich gegenwärtige Sozialbelastung genannte Zahl von rund 1610 Millionen Reichsmark entspricht der Zahl, die das Reichsarbeitsministerium Ende des Jahres 1924 für das Jahr 1924 errechnet hat. Die Zahl beruht also auf Verhältnissen, die im Vorjahre, und zwar zum großen Teil zu Beginn des Vorjahres, bestanden haben.

2. Aber selbst diese nur für das Jahr 1924 in Betracht kommende Zahl ist unvollständig, da in ihr wesentliche Faktoren, insbesondere die aus öffentlichen Mitteln zur Sozialversicherung geleisteten Zuschüsse, die unbedingt bei der Berechnung des Sozialetats in Ansatz gebracht werden müssen, fehlen. Diese Leistungen betrugen allein für das Jahr 1924 231 Millionen Goldmark.

3. Die für das Jahr 1924 errechnete Sozialbelastung ist für die Betrachtung der heutigen Sozialbelastung durchaus nicht mehr maßgebend. Eine ganze Reihe gesetzlicher Neuerungen des Jahres 1925, insbesondere auf dem Gebiete der Invalidenversicherung, Unfallversicherung und Angestelltenversicherung, ferner die automatischen Rückwirkungen der Erhöhung des allgemeinen Lohn- und Gehaltsniveaus auf die absolute Höhe der Sozialbelastung haben die Soziallast des Jahres 1925 ganz bedeutend erhöht gegenüber der vom Reichsarbeitsministerium als gegenwärtige Soziallast genannte Zahl.

4. Dazu sind der für das Jahr 1924 festgestellten Sozialbelastung für die Berechnung des gegenwärtigen Sozialetats folgende Ziffern hinzuzurechnen: a) Erhöhung der Steigerungsbeträge in der Invalidenversicherung und Auswirkungen der Erhöhung des allgemeinen Lohn- und Gehaltniveaus: 289 000 000 Mark; b) Erhöhung durch die vom Reichstage in den letzten Wochen verabschiedeten Gesetze über die Unfallversicherung: 247 000 000 Mark; c) Erhöhung der öffentlichen Zuschüsse nach den amtlichen Etatsunterlagen: 247 000 000 Mark. Insgesamt sind also für das Jahr 1925 dem Sozialetat des Jahres 1924 776 000 000 Reichsmark als Mehrbelastung hinzuzurechnen.

5. Der jetzige Sozialetat beträgt daher, wenn man den Gesamtsozialetat des Jahres 1924 auf 1923 Millionen Reichsmark errechnet, 2699 Mill. Reichsmark. — Also ist die von dem Reichsarbeitsministerium als gegenwärtige Soziallast bezeichnete Ziffer von 1610 Mill. Reichsmark durch die Ereignisse des Jahres 1925 längst überholt! — Es wird demnach hohe Zeit, daß das Reichsarbeitsministerium im Interesse der Erhaltung der Wirtschaft und damit zugleich im eigensten Interesse der deutschen Sozialversicherung endlich seine amtlichen Aeußerungen über die Höhe der deutschen Soziallast den gegenwärtigen Belastungsverhältnissen anpaßt.

Nordamerika zum Sicherheitspakt.

Keine Einmischung in europäische Angelegenheiten.

Williamstown (Mass.), 31. Juli.

Im Institute of Politics führte der Direktor der westeuropäischen Abteilung des Staatsdepartements in Washington, William Casile, aus, die jetzige Regierung beabsichtige nicht, die überlieferte Politik der Nichteinmischung in europäische Angelegenheiten umzustoßen. Das bedeute keinen Mangel an mitfühlendem Interesse an politischen Vereinbarungen, die in Europa der Sicherung des Friedens dienen sollen. Der Präsident habe schon zum Ausdruck gebracht, daß die Vereinigten Staaten dem geplanten Sicherheitspakt einen vollen Erfolg wünschen, jedoch können sich die Vereinigten Staaten nicht an dem Pakt beteiligen. Wir können, erklärte Casile, uns nicht dazu verpflichten, mit Waffengewalt die Grenzen fremder, entlegener Völker zu schützen. Das Ziel der jetzigen Regierung ist immer noch die Förderung eines Friedens, der auf der festen Grundlage freundschaftlicher Verständigung über gemeinsame Fragen und rückhaltloser Anerkennung nationaler Rechte beruht. Diese Politik muß stets durchaus amerikanisch, d. h. entsprechend den grundlegenden Interessen der Vereinigten Staaten bleiben. Unsere Handelsvertragsbeziehungen sind zurzeit unbefriedigend. Aber die neuen Verträge, die das Staatsdepartement abzuschließen sich vorgenommen hat, beruhen größtenteils auf dem Grundsatz der Meistbegünstigung. Wir nehmen nichts in Anspruch, was wir nicht unsererseits zu gewähren bereit sind.

Polen wünscht Amerikanisierung Europas.

Skrzynski spricht von „internationaler Brüderlichkeit"!

Williamstown (Mass.), 31. Juli.

Im Institute of Polities hielt Skrzynski einen Vortrag, in dem er ausführte, daß Polen an seinen Grenzen vom Nationalismus und vom Kommunismus bedroht sei. Er erklärte u. a.: Der Krieg hat Europa in seinen Grundfesten erschüttert. Europa stand am Scheidewege und fern am Horizont erschien das Bild der Vereinigten Staaten von Europa, der Amerikanisierung Europas im edelsten Sinne. Wenn Europa nunmehr auf dem Pfad des Nationalismus weiterschreitet, so wird es zu einem Krieg geführt werden, gegen den der letzte als Kinderspiel erscheint. Schlägt Europa die entgegengesetzte Richtung ein, den Weg des Kommunismus, so wird es in einen Zustand geraten, von dem die jetzige Lage Rußlands nur eine schwache Vorstellung gibt. Skrzynski führte weiter aus, man müsse nach der sogenannten pax americana streben, einem Zustande der internationalen Brüderlichkeit, bei der jeder Haß verschwunden sei.

Weiteres Vordringen auf Fez.

Ain-Apu-Aissa von den Rifleuten gestürmt.

† EP Paris, 31. Juli.

Nach einer Meldung aus Fez ist heute morgen das französische Blockhaus Ain-Apu-Aissa von den Rifkabylen eingenommen worden. Vorher hatte sich ein erbitterter Kampf mit Handgranaten abgespielt. Vor dem Rückzuge sprengten die Franzosen das Blockhaus in die Luft. Man rechnet damit, daß ein Teil der französischen Besatzung gefangen genommen wurde. 16 Mann der Besatzung sind bei dem Posten Teroual angekommen, nachdem sie 6 Kilometer durch feindliches Gebiet marschiert waren. Der Führer dieser Abteilung, ein Wachtmeister, erzählte, daß eine andere Abteilung unter dem Befehl eines Adjutanten nach Skaifa 11 Kilometer südlich marschiert sei. Diese ist dort noch nicht angekommen, und es besteht deshalb die Möglichkeit, da ßsie von den Rifkabylen gefangen genommen oder aufgerieben worden ist. Von Fez aus sind Flugzeuge entsandt worden, um Erkundungsflüge zu machen und die noch vermißten Abteilungen gegebenenfalls auf dem Luftwege aus dem feindlichen Gebiet herauszuholen.

Ein französisches Pulvermagazin in die Luft gesprengt.

Paris, 31. Juli.

Havas meldet aus Tanger: Das Pulvermagazin von Larrasch ist gestern abend teilweise explodiert. Es kam zu einer Panik. Sachschaden ist bedeutend. Die Explosion wird auf ein feindliches Attentat zurückführt.

Englische Meinung über Marokko.

London, 31. Juli.

Reuter meldet aus Malta: Zuverlässigen Informationen aus Fez zufolge sind die französischen Streitkräfte in Marokko bisher überhaupt noch nicht den regulären Truppen Abd el Krims gegenübergetreten; sie haben vielmehr bisher lediglich von Abd el Krim organisierte Aufstände von Rifstämmen zu unterdrücken versucht. Denselben Informationen zufolge soll Abd el Krim über mindestens 25 000 gut bewaffnete und wohldisziplinierte Truppen verfügen. Es wird ferner angenommen, daß Abd el Krim versuchen wird, bis Oktober durch lokale Aufstände von Rifstämmen die Franzosen zu beschäftigen, da dann die Regenperiode beginnt, während welcher eine französische Offensive so gut wie unmöglich ist. Wie verlautet, beabsichtigt Abd el Krim dann seine Hauptmacht einzusetzen. Augenblicklich sollen sich nur etwa 49 französische Bataillone in Marokko befinden; einschließlich der Sicherungsposten für die Verbindungslinien. Schätzungsweise würden die Franzosen etwa 100 000 Mann europäische Truppen benötigen, um der Lage mit irgend welcher sicheren Aussicht auf Erfolg Herr zu werden. Die Spanier bleiben so gut wie untätig.

Die „Untersuchung" der Schanghaier Zwischenfälle.

Einsetzung eines Sondergerichtshofes der Großmächte.

London, 31. Juli.

Wie hier verlautet, haben sich die zunächst beteiligten Regierungen über die Einsetzung eines Untersuchungsgerichtshofes geeinigt, der aus angesehenen und mit den chinesischen Verhältnissen vertrauten juristischen Fachleuten bestehen soll und dessen Aufgabe die Untersuchung der Zwischenfälle bilden wird, die sich aus dem Zusammenstoß zwischen der Bevölkerung und der städtischen Polizei in Schanghai am 30. Mai ergeben haben. Es wird angenommen, daß auch die anderen interessierten Staaten mit der Einsetzung dieses Gerichtshofes einverstanden sind.

Wechsel im Transferkomitee.

TU **Berlin, 31. Juli.**

Wie der Generalagent für die Reparationszahlungen mitteilt, ist M. Albert Janssen als belgisches Mitglied des Transferkomitees infolge seiner Ernennung zum belgischen Finanzminister aus dem Komitee ausgeschieden. An seine Stelle ist M. Rene Tilmont, Direktor der belgischen Nationalbank, getreten.

Die Leitung des Deutschen Studententages beim Reichspräsidenten.

Berlin, 31. Juli.

Der Reichspräsident empfing heute die Leitung des in Berlin versammelten Deutschen Studententages, cand. ing. Hilgenstock-Hannover, cand. rer. pol. Frank-Wien, Referendar Stoeckel-München und cand. jur. Klein-Berlin. Cand. ing. Hilgenstock überbrachte dem Reichspräsidenten die Grüße und das Treuegelöbnis der Deutschen Studentenschaft. Der Reichspräsident dankte und bat die Abordnung, der Deutschen Studentenschaft seine aufrichtigen Grüße und Wünsche für den Erfolg ihrer Tagung zu übermitteln.

Millionenbestechungen bei der Reichsmonopolverwaltung.

Weitere Beamte verwickelt?

Zu der Spritschiebungsaffäre erfährt die BS.-Korrespondenz noch folgende Einzelheiten:

Im Zusammenhang mit den Einfuhrscheinfälschungen haben sich auch neue Tatsachen für die schon seit Jahren laufende Untersuchung gegen die saarländische Firma Alphonse Schick u. Co. herausgestellt. Es war seinerzeit den Firmen des Saarlandes ein gewisses Kontingent von Weindestillaten saarländischen Ursprungs zur freien Einfuhr nach Deutschland freigegeben worden. Die Firma Alphonse Schick soll Weindestillate französischen Ursprungs mit Attesten der Handelskammer Saarbrücken, daß sie der saarländischen Produktion entstammte, nach Deutschland eingeführt haben. Die Firma unterhielt hier in Berlin ein Bureau und soll erhebliche Mengen dieses Weindestillats an sehr bedeutende Firmen der Spirituosenbranche verkauft haben. Zu den Abnehmern soll auch der in die Spritschiebungsaffäre verwickelte Direktor Schoppenhaus aus Ratingen gehört haben.

In der Bestechungsangelegenheit wird der Verdacht geäußert, daß nicht nur die bis jetzt in das Verfahren hineingezogenen Beamten bestochen worden sind, sondern daß noch weitere höhere Beamte der Reichsmonopolverwaltung in Frage kommen. Eine derjenigen Persönlichkeiten, die den Beschuldigten und den Nichtbeschuldigten Bestechungsgelder gegeben haben sollen, hat die Aussage hierüber verweigert. Es ist jedenfalls eins feststehend, daß es sich um Millionen von Goldmark handelt, die teils in barem Gelde, teils in Form von Geschenken in die Taschen der Beamten geflossen sind.

Neu hineingezogen in den Kreis der Firmen, die an diesen Einfuhrgeschäften beteiligt waren, ist die Firma Consten in Aachen, die in großem Maße Sprit belgischen Ursprungs in dieser Zeit nach Deutschland gebracht hat.

Die Reparationskommission hielt gestern vormittag in Paris eine zweistündige Sitzung ab, in deren Verlaufe sie die verschiedenen auf der Tagesordnung stehenden Fragen erledigte.

*

Der Brotpreis ist in Paris gestern von 1,60 auf 1,65 Francs per Kilogramm erhöht worden.

Hierzu 2 Beilagen.

Die zweite Lesung der Steuervorlagen.

Vermögens- und Erbschaftssteuer angenommen.

Im weiteren Verlauf der gestrigen Reichstagssitzung (siehe Abendblatt) wird die Vermögenssteuer in der Ausschußfassung angenommen. Von den Abänderungsanträgen findet nur Annahme ein demokratischer Antrag, wonach bei Ehegatten die Befreiung auch eintreten kann, wenn die Voraussetzungen hinsichtlich des Alters und der Erwerbsunfähigkeit bei der Ehefrau vorliegen, sofern diese zum Erwerb des Vermögens wesentlich beigetragen hat.

Bei der Einzelberatung der Erbschaftssteuer beginnt der kommunistische Abg. Rädel unter der Heiterkeit der anwesenden Abgeordneten seine Rede mit den Worten: „Meine hochverehrten leeren Parlamentssitze."

Abg. Horlacher (Bayr. Vpt.) fordert regelmäßige Veröffentlichung einer Steuerstatistik, deren Ergebnis ein erbärmlicher Zusammenbruch der Agitation der Linken sein werde. Die Erbschaftssteuer habe vielfach schon die Gefährdung von Existenzen herbeigeführt.

Ministerialdirektor v. Zarden sagt eine solche Statistik zu.

Abg. Seydewitz (Soz.) bezeichnet es als einen Schlag ins Gesicht des Gerechtigkeitsgefühls, daß das Reich von dem Stinnes-Erbe nicht einen Pfennig Steuer erhalten habe.

Auch die Erbschaftssteuervorlage wird in der Ausschußfassung angenommen. Die namentliche Abstimmung über einen sozialdemokratischen Antrag, betreffend die Besteuerung der Ehegatten, wird ausgesetzt.

Es folgt dann

die allgemeine Aussprache zum Reichsbewertungsgesetz.

Abg. Keil (Soz.) stimmt dem Reichsbewertungsgesetz zu, da es ein Schritt auf dem Wege sei, die komplizierte Konstruktion des ganzen Staatswesens zu vereinfachen. Es sei das einzige Steuergesetz, das nicht dazu diene, der Bevölkerung Steuern aufzuerlegen. Der Redner tritt für Zugrundelegung des gemeinen Wertes bei allen Vermögensarten ein. Landwirtschaftsfeindlichkeit liege der Sozialdemokratie fern. Die Durchführung des Gesetzes müsse nicht nur zu einer gleichmäßigen, sondern auch zu einer erschöpfenden Vermögenserfassung führen. Wie sehr es hieran bisher gefehlt habe, zeige das Beispiel der Bergwerksgesellschaft Georg v. Giesches Erben in Breslau, deren Steuerhinterziehungen sich in die ungezählten Millionen belaufen. Auf Grund der Vermögensveranlagung vom Dezember 1923 könne man nach eigenen Angaben der Gesellschaft ihren auf deutschem Boden liegenden Vermögensbesitz auf weit mehr als 350 Millionen schätzen. Zur Vermögenssteuer sei die Gesellschaft tatsächlich mit 50 Millionen veranlagt. (Hört, hört! links.)

Staatssekretär Popitz fordert Vertrauen zur Regierung, daß sie das Veranlagungsproblem auf Grund des Bewertungsgesetzes richtig lösen werde. Die Bewertung finde ohne Rücksicht auf die Besitzgröße statt; eine Begünstigung des Großgrundbesitzes werde daher vermieden. Im Falle des Unternehmens v. Giesches Erben könne er auf Einzelheiten nicht eingehen. Wer die oberschlesischen Verhältnisse kenne, wisse aber, welche gewaltigen Einbußen an Vermögen gerade oberschlesische Werke durch die Abtrennung Polnisch-Oberschlesiens erlitten haben. Im übrigen sei er für die Mitteilungen dankbar. Sie würden nutzbringendes Material bei der Veranlagung sein. Allerdings werde sich die Steuerverwaltung in ihrer Objektivität nicht beeinflussen lassen.

Abg. Hoernle (Komm.) erklärt, das Gesetz biete keine Garantie, daß die Großbetriebe im Verhältnis zu den mittleren und kleineren Betrieben gleich hoch bewertet werden müssen.

Die Kompromißbeschlüsse werden durchweg bestätigt. Zwischendurch stellt der Präsident fest, daß durch Zurufe aus dem Hause in der Donnerstagabend-Sitzung Abgeordnete des übertriebenen Alkoholgenusses beschuldigt worden sind. Es sei nun sogar in einer Zeitung behauptet worden, daß die Mehrheiten bestimmter Parteien sich dieser Schwäche schuldig gemacht hätten; es wurden Abgeordnete dabei sogar mit Namen genannt. Sie werden deswegen Strafantrag stellen. Der Präsident selbst legt gegen die unglaublichen Uebertreibungen Protest ein.

Es wird dann namentlich abgestimmt über einen zurückgestellten sozialdemokratischen Antrag zur Erbschaftssteuer betr. die Besteuerung der Ehegatten. Die Abstimmung wird aber zunächst nicht geschlossen, weil man noch die Ankunft von 20 kommunistischen Abgeordneten abwartet, die an einer Trauerfeier für den verstorbenen Abg. Eichhorn (Komm.) teilnahmen und telephonisch mitteilten, daß sie sich wegen der Absperrungen verspätet hätten. Zwischendurch spricht ein anderer kommunistischer Abgeordneter zu Einzelheiten des Bewertungsgesetzes. Endlich treffen die Kommunisten nach und nach im Sitzungssaale ein und geben ihre Karten ab. Die Abstimmung wird schließlich geschlossen. Es ergibt sich die Ablehnung des Antrages mit 261 gegen 137 Stimmen.

Das Haus vertagt sich um 9 Uhr 20 Min. — Sonnabend 10 Uhr: Fortsetzung der Steuerdebatte.

*

In Ergänzung des gegebenen Berichts im gestrigen Abendblatt über die Annahme des Notetats in dritter Lesung im Reichstage weisen wir ausdrücklich darauf hin, daß es sich bei der erwähnten Zulage für die Beamtengruppen nicht um eine neuerliche Erhöhung der Gehälter, sondern um bereits früher genehmigte und seit geraumer Zeit zur Auszahlung gelangte Beträge handelt, die in den Notetat in der bisherigen Höhe übernommen wurden.

Tagung bis Mitte August?

Wie wir aus unterrichteten parlamentarischen Kreisen hören, wird das Arbeitspensum des Reichstages, das bis zur Zollvorlage noch zu erledigen ist, den Reichstag bis Mitte nächster Woche in Anspruch nehmen. Für den Fall, daß die Zollvorlage nicht in kürzester Zeit erledigt wird, rechnet man damit, daß der Reichstag bis Mitte August tagen wird.

Bis zur Erledigung der Steuer- und Zollgesetze.

Von der Deutschnationalen Volkspartei wird mitgeteilt: Der deutschnationale Fraktionsvorstand hat soeben einstimmig beschlossen, die Fraktionsmitglieder zu ersuchen, sich auch über den 8. August hinaus für die Fortsetzung der Reichstagsverhandlungen bereit zu halten. Die Meldung des „Vorwärts", daß die Deutschnationalen in die Ferien gehen wollen, stimmt nicht, sie denken nicht daran, ehe nicht die Steuer- und Zollgesetze ihre vollständige Erledigung gefunden haben.

Weiter erfährt die TU von der deutschnationalen Fraktion, daß die Besetzung der deutschnationalen Fraktion im Reichstage im Laufe der letzten Tage fast vollzählig genannt werden kann. Obwohl ihnen vom Arzt dringende Schonung angeraten worden ist, sind die Abgeordneten Hergt, Neuhaus, Schulze-Berlin, Vordemfelde, Siller, Dietze, Martin und Frau Schott in den Reichstag wieder zurückgekehrt, um hier ihre Pflicht als Abgeordnete zu erfüllen. Von den 110 Abgeordneten der deutschnationalen Fraktion fehlen zur Zeit noch sieben, von denen drei schwer krank zu Bett liegen.

— **Aus dem Reichsarbeitsministerium ausgeschieden** ist mit dem 31. Juli der Ministerialrat Geh. Reg.-Rat Dr. Ferdinand Aurin, der sich um die Leistungsfähigkeit der Sozialversicherung und um die Bearbeitung von Versicherungsneuland das höchste Verdienst erworben hat. Dem Reiche war er in internationalen Verhandlungen ein erfolgreicher Sachwalter.